

## Nur ein gemeinsames Ziel



**Badische Zeitung vom 22. August 2020**

### **Unternehmer Julian Meyer vom Mesa Parts diskutiert mit Rita Schwarzelühr-Sutter.**

Unter der von den Herstellern mitverursachten Krise der Automobilindustrie leiden auch die Zuliefererfirmen. Mesa Parts ist so ein Unternehmen, das jetzt mit seinem technischen Knowhow nach Wegen sucht, neue Produkte für die Antriebstechnik zu entwickeln. Darüber, wie Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Mittelstand gesichert werden können, diskutierte Unternehmer Julian Meyer mit Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium.

Das weite Feld der Energiewende und die Mobilität von morgen waren Thema von Geschäftsführer Julian Meyer und Entwicklungsleiter Max Mehring. In der zweieinhalbstündigen Diskussion gab es Bereiche, bei denen zwar das Ziel dasselbe war, aber sich kein gemeinsamer Weg abzeichnete. "Wir sind nicht zueinander gekommen", sagte Meyer. Der kleinste gemeinsame Nenner lautete: Klimaschutz ist wichtig; Verbrennungsmotoren mit Diesel und Benzin sind nicht veraltet und können als Hybride eine Alternative darstellen. "Der Wandel in der Mobilität ist gemeinsam so zu gestalten, dass Arbeitsplätze erhalten und gut bezahlt werden können", lautete das unternehmerische Fazit am Ende.

### **Die Ausgangslage**

Die Staatssekretärin eröffnete die Diskussion mit Zahlen. 2019 verbuchte die Automobilindustrie einen Umsatz von 435 Milliarden Euro und beschäftigte 833 000 Mitarbeiter. Die Automobilzulieferer setzten 79,7 Milliarden um. Der Wandel in der Mobilität komme, ob man wolle oder nicht. Die Regierung wolle Deutschland zum Leitmarkt moderner Mobilität formen. Schwarzelühr-Sutter nannte Zahlen. Ins Konjunkturpaket fließen acht Milliarden, in die Batteriezellfertigung und Ausbau von Ladestationen 2,5 und weitere sieben Milliarden in den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft.

## **Der Klimawandel**

"Der Klimaschutz ist wichtig und bereitet mir Sorgen. Wir brauchen Wandel", stieg Julian Meyer in die Aussprache ein. Was die CO<sub>2</sub>-Werte angeht, sieht Meyer das Sorgenkind nicht im Verkehr, sondern auf dem Energiesektor mit Kohlekraftwerken, die weit mehr Abgase in die Umwelt ablassen, als aus den Auspuffen kommt. Warum wird der Kohleausstieg nicht forciert, fragte Meyer. "Solch eine nationale Entscheidung ist nicht verantwortlich für eine globale Entwicklung. Wir müssen den Wandel forcieren, um nicht abgehängt zu werden", sagte der Gast.

## **E-Mobilität und Wasserstoff**

Die Vorgaben durch den Bund für neue Antriebe sind da. Meyer sieht es kritisch, dass für die Regierung die E-Mobilität an erster Stelle steht, die Wasserstofftechnik aber nicht so pusche. Die Hochschule HAW in Hamburg habe in einer Studie festgestellt, dass nach 200 000 Kilometer ein Dieselauto nicht schlechter da stehe, als ein Elektroauto. Das Potenzial bei Bio-Benzin werde aktuell gar nicht ausgenutzt. Er glaube nicht, dass in Deutschland die Arbeitsplätze in der Autobranche mit Zellfertigung erhalten werden können, denn ein Elektromotor benötige nur ein Bruchteil der Technik eines Verbrennungsmotors. Kleine Verbrennungsmotoren helfen, die Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern und wir wollen nicht die 100 000 Euro Zuschuss pro Jahr und Arbeitsplatz, die die Kohlekraftwerke jahrelang bekommen, so Meyer.

Jammern gehöre nicht zu den ureigensten Eigenschaften eines Schwarzwälders. Deshalb hat Mesa Parts 2013 mit der Entwicklung eigener Produkte begonnen und Ventile für Erd- und Biogas entwickelt. Die Autobauer verschmähten diese jedoch. In Zeiten des Wandels kann daraus Ventiltechnik für Wasserstoff entwickelt werden. Aber: Der Mittelständler kann diese Entwicklung nicht zur Hälfte mit Eigenmitteln stemmen und für Bundeszuschüsse ist das Unternehmen zu groß, nannte Meyer das Dilemma. Ideen und Wissen sind vorhanden. Nun brauche es Impulse vom Gesetzgeber dazu.

Ganz so schwarz sieht die Staatssekretärin die Lage nicht. Das Problem der versagten Fördermittel für Entwicklungen nehme sie gerne mit und könne sich vorstellen, dass im Herbst neue Richtlinien verfasst werden. Für Wasserstoffantriebe gelte es die Produktion aufzubauen und Tankstellen auszustatten. Und sie hoffe, dass dazu auch das bereitgestellte Geld in Berlin abgerufen werde. "Wir würden es nehmen", lautete der Zwischenruf von Julian Meyer. Zumindest hier ist ein Zusammenkommen nicht ausgeschlossen.